



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 122. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 121, Beschluss-Nr. 4074/2024).

Beschlüsse:

Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Reto Brüesch (SVP): Bei kleinen Vereinen würden wir das, was die Stadt hier macht, einen Bubentrick nennen. Wir besprechen das Konto Liegenschaften Stadt Zürich, das ausgeglichen sein muss. Bei viel höheren Einnahmen muss der Aufwand steigen. In der Jahresrechnung 2023 wurden für die Entsorgung und Versorgung der Liegenschaften 133 000 Franken ausgegeben. Für das Jahr 2024 wurden 103 000 Franken budgetiert. Für das Jahr 2025 sind 900 000 Franken budgetiert, also über 790 000 Franken mehr. Begründet werden die höheren Ausgaben mit der Aufnahme des Schlachthofs und damit verbundenen Mehrkosten in den Buchungskreis. Diese Kosten könnten durch eine effizientere Planung optimiert werden. Wir beantragen, 500 000 Franken zu streichen. Damit bleiben über 400 000 Franken, was noch immer eine Vervielfachung darstellt.

Barbara Wiesmann (SP): Es gibt keinen Hinweis auf eine potenzielle Senkung der Heiz- und Stromkosten. Zu diesem Thema wurde auch keine Frage gestellt. Die Kommissionsmehrheit vertraut auf die Expertise der Verwaltung und lehnt den Antrag ab.



2 / 34

S. 191	20 2021 3120 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat				900 400	Mehrheit
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			500 000		400 400	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
						Enthaltung
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Betriebsoptimierungen zur Senkung der Heiz- und Stromkosten. Dies hilft auch den Mietenden bei den Nebenkosten.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Reto Brüesch (SVP): Bei diesem Konto handelt es sich um baulichen Unterhalt. Im Jahr 2023 wurden dafür 13,7 Millionen Franken budgetiert, dieses Jahr 20,3 Millionen Franken und im Budget 2025 sollen es 33,7 Millionen Franken werden. Das bedeutet eine Erhöhung der Aufwendung bei den Liegenschaften um 13 Millionen Franken und eine Verdreifachung der Kosten innerhalb von drei Jahren. Bei guter Planung sollten diese jährlichen Unterhaltskosten etwa gleich bleiben und höchstens um kleine Beträge schwanken. Weil die Begründung lautet, verschiedene Projekte wie auf dem Josef-Areal oder dem Harsplen-Areal konnten noch nicht realisiert werden, wollen wir 4 Millionen Franken aus dem Budget streichen. Das Geld für diese Projekte, die teils erst in der Kommission behandelt werden, kann noch lange nicht ausgegeben werden.

Barbara Wiesmann (SP): Auch zu dieser Thematik wurde in der Kommission keine Frage gestellt. Mir ist völlig unklar, wie Sie auf diesen Betrag kommen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Stadtrat richtig budgetiert hat und lehnt den Antrag ab.



3 / 34

S. 192	20 2021 3430 40 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Baulicher Unterhalt Gebäude FV				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat				33 732 500	Mehrheit
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			4 000 000		29 732 500	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
						Enthaltung
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Da einzelne Bauprojekte noch nicht so weit sind, werden die Budget- ausgaben nicht erfüllt.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 030a. und 030b.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Es geht um Pacht- und Mietzinseinnahmen von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und im Bereich Wohnen und Gewerbe. Beide sind gestiegen, gleichzeitig werden die Kosten aufgeblasen. Zum Bereich Wohnen und Gewerbe schreibt der Stadtrat, die höheren Einnahmen ergäben sich aus der Mietzinsanpassung nach Erhöhung des Referenzzinssatzes und durch Mehreinnahmen der Siedlungen. Der Stadtrat rechnet mit Mehreinnahmen aufgrund einer Rendite von 1,75 Prozent. Dieses Jahr ist der Referenzzinssatz um ein Haar nicht gesunken, aber am 3. März 2025 wird er sicher auf 1,5 Prozent sinken. Ich hoffe, dass die Stadt bis am 1. Juli 2025 die Kostenmiete anpasst und von ihren Mietern weniger Geld verlangt. Die Einnahmen von 76 Millionen Franken und 158 Millionen Franken würden dadurch sinken. Wir fordern, diese Entwicklung zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen:

Barbara Wiesmann (SP): Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag den Antrag 035. ersetzen und ich die Meinung der Kommissionsmehrheit vertreten soll. Aktuell wissen wir nicht, ob der Referenzzinssatz im März 2025 sinken wird. Sollte er wirklich auf 1,5 Prozent sinken, werden die Mieten zu diesem Zeitpunkt sowieso angepasst. Der Antrag hat also keinen realen Einfluss. Wir sehen keinen Grund, die Zahlen kurzfristig anzupassen.



Reto Brüesch (SVP): Wir sprechen nicht von einem Antrag, der Antrag 035. ersetzen soll. Bei jenem geht es um Unterhalt und hohe Gebäude. Der vorliegende Antrag ähnelt eher Antrag 029. Wollt ihr denn nicht, dass die Mieten sinken? Das ist normalerweise doch das Lieblingsthema der SP. Und jetzt seid ihr plötzlich dagegen.

Barbara Wiesmann (SP): Selbstverständlich wollen wir, dass die Mieten sinken. Ich konstatiere, dass die SVP meint, städtische Wohnungen seien tendenziell zu teuer. Dass die Mieten mit dem Referenzzinssatz sinken, wird aber sowieso umgesetzt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es ist süß anzusehen, wie die SVP in den letzten Monaten das Thema günstigere Wohnungen ins Auge gefasst hat. Sie hat gemerkt, dass ihre Wähler auch davon betroffen sind und in Kreisen wohnen, wo der gemeinnützige Wohnungsbau relevant ist. Ein Eigenwirtschaftsbetrieb hat in dem Sinn aber keinen Einfluss auf die Rechnung. Zweitens sollten Sie sich, bevor Sie einen Vorstoss einreichen, über die Praxis informieren. Etwa wenn im Vorstoss steht, LSZ «soll weitergeben»: Das tut LSZ seit Jahren. Es ist ein populistischer Vorstoss und wir beantragen seine Ablehnung.

S. 193	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2021	Liegenschaften Stadt Zürich			
	4430 00 000	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften FV			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
030a.	Antrag Stadtrat			-76 069 600	
			2 000 000	-74 069 600	Zustimmung Reto Brüesch (SVP)
	Begründung:	Der Referenzzinssatz wird auf 1,5 % sinken im Jahr 2025. Die Stadtverwaltung soll die Senkung sofort an die Mieterschaft weitergeben innerhalb von den 3 Monaten gemäss Kostenmietmodell.			

Der Rat lehnt den Antrag von Reto Brüesch (SVP) mit 16 gegen 104 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Antrag 030b.

Wortmeldungen siehe Antrag 030a.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:



5 / 34

S. 201	20 2034 4470 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnen und Gewerbe Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
030b.	Antrag Stadtrat				-158 995 700	
				3 000 000	-155 995 700	Zustimmung Reto Brüesch (SVP)
		Begründung:	Der Referenzzinssatz wird auf 1,5 % sinken im Frühling 2025. Die Stadtverwaltung soll die Senkung sofort an die Mieterschaft weitergeben innerhalb von den 3 Monaten gemäss Kostenmietmodell. Der Stadtrat macht Mietzinsanpassungen nach Erhöhung des Referenzzinssatzes und Mehreinnahmen durch neue Wohnsiedlungen geltend.			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat lehnt den Antrag von Reto Brüesch (SVP) mit 13 gegen 107 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 031. und 032.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): *Es ist ein Hohn, wenn die gleichen Parteien, die an der Neugasse Wohnungen verhindert haben, an einer anderen Hausnummer dafür kämpfen, Wohnungen zu sichern. Die Hauskaufpolitik geht nicht auf. Liegenschaftskäufe schaffen keine neuen Wohnungen, denn diese existieren bereits. Sie schaffen auch keine bezahlbaren Wohnungen, weil sie gleich bezahlbar sind wie vorher. Die Linken können sich aber auf die Schulter klopfen, weil sie den Mietern helfen. Dafür 600 Millionen aufzuwenden, ist unglaublich. Eine durchschnittliche Vierzimmerwohnung in der Stadt kostet 2 Millionen Franken. In den 300 Wohnungen wohnen etwa 1 000 Personen. Das entspricht 0,2 Prozent der Zürcher Bevölkerung. Es werden 600 Millionen Franken aufgewendet, um einen so kleinen Teil der Bevölkerung vor der sogenannten Spekulation zu retten. Gleichzeitig wird jeder Haushalt mit 3 000 Franken Schulden belastet. Der Kauf ist spekulativ und schuldenfinanziert. Dass die Liegenschaft künftig mehr Wert hat, ist nicht garantiert. Wir müssen nicht das Budget, sondern die Liegenschaften aufstocken.*

Sven Sobernheim (GLP): *Vor ein paar Jahren wurde noch bestritten, dass in Zürich Wohnungsnot herrscht. Das ist heute nicht mehr der Fall. Es wird nur noch darüber diskutiert, wie viele Wohnungen wir kaufen sollen. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass eine Mischung die richtige Lösung ist. Als Bewohner von Zürich-Nord bin ich über den Wohnungspreis von 2 Millionen Franken überrascht. Diese Zahl erinnert an ähnliche Diskussionen zu Bodenpreisen im Kreis 3. Im Kreis 11 oder 12 sieht es anders*



aus. Ich bin froh, dass die linke Mehrheit dem Stadtrat bei diesem Konto beipflichtet. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass der Stadtrat hier richtig budgetiert.

Florian Utz (SP) zieht namens der SP-Fraktion bei Antrag 031 den Antrag der Minderheit 1 zurück und beantragt bei Antrag 032 für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Erhöhung um 100 000 000 Franken: Um das Drittelsziel zu erreichen, müsste der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen pro Jahr um 0,2 Prozent wachsen. In den letzten 4 Jahren hätte er also um 0,8 Prozent wachsen müssen. In der Praxis ist er aber um 0,5 Prozent gesunken. Diese Zahlen zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Die SP hat mit den alten Zahlen nachgerechnet und kam auf einen Kaufbedarf von knapp 800 Millionen Franken. Wir haben eine Aufstockung des Budgets um 250 Millionen Franken gefordert, was einem Endbetrag von 750 Millionen Franken entsprach. Der Antrag war leider nicht mehrheitsfähig. Wir sind dankbar, dass im Nachgang zu den Leerkündigungen in den Sugus-Häusern ein Kompromiss von AL, Grünen und SP zustande kam. Antrag 031. ziehen wir zurück. Antrag 032. möchten wir ändern und fordern eine Aufstockung um 100 Millionen Franken. Die Erhöhung soll der Abteilung für den Kauf von Liegenschaften helfen, gefährdete Objekte der Spekulation zu entziehen. Der Antrag beschränkt sich nicht auf die Sugus-Häuser, wo es unklar ist, ob die Eigentümerin verkaufsbereit ist.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die Grünen, SP und AL haben sich in letzter Minute auf einem symbolischen Antrag geeinigt, der eine Aufstockung des Budgets auf 600 Millionen vorsieht. Symbolisch, weil sich durch die Aufstockung nichts ändert. Die Stimmbevölkerung hat dem Stadtrat bereits die Kompetenz übertragen, selbst über Liegenschaftskäufe entscheiden zu können. Dazu gehört auch, wie viel Geld er dafür ausgibt. Die Zahl, die wir im Budget eintragen, ist mehr oder weniger symbolisch. Der Stadtrat orientiert sich natürlich an dieser Zahl. Trotzdem ist er nicht daran gebunden. In der Kommission hat die SP noch argumentiert, der Stadtrat habe in der zweiten Jahreshälfte nichts mehr kaufen können, weil er das Budget aufgebraucht habe. Diesen Punkt hat sie aus der Begründung zu diesem Antrag gestrichen, weil der Stadtrat vor einer Woche eine Liegenschaft in Oerlikon gekauft hat. Offensichtlich stimmt es also nicht, dass der Stadtrat in dieser Sache durch das Budget eingeschränkt sei. Wir stimmen mit dem Stadtrat.

Tanja Maag (AL): Sven Sobernheim (GLP) hat einige Punkte vorweggenommen. Der Stadtrat hat seit dem Entscheid der Zürcher Stimmbevölkerung im Jahr 2020 tatsächlich die Kompetenz, ohne Preislimite und Genehmigung von Volk oder Parlament Liegenschaften zu kaufen. Eine Betragserhöhung auf dem Konto ändert an diesem Sachverhalt nichts. Wenn sich eine strategisch lohnenswerte Erwerbsmöglichkeit ergibt, die den Budgetrahmen sprengt, kann das geprüft und eine nachträgliche Budgeterhöhung eingeleitet werden. Das wurde uns in der Kommission bestätigt. Die AL ist der Meinung, dass der Stadtrat bisher vernünftig Liegenschaften kauft und das weiterhin tun wird, unabhängig von Einschränkungen durch das Budget. Das hat die Entwicklung der letzten 3 Jahre bewiesen. Im Jahr 2022 hat er rund 40 Wohnungen gekauft, 160 Wohnungen



im Jahr 2023 und im Jahr 2024 inklusive des Harsplen-Areals 500 Wohnungen. Wir vertrauen dem Stadtrat in dieser Sache und sind der Meinung, eine Budgetveränderung ist reine Symbolik. Trotzdem sind wir der SP zu einem Kompromiss entgegengekommen. Es ist uns wichtig, auf linker Seite einen Konsens zu finden. Der neue Antrag ist auch symbolisch, doch er sendet ein wichtiges Signal. Wir zeigen den Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten von Wohnungskündigungen betroffen waren, dass wir sie unterstützen. Darum haben wir im Antrag explizit diese Worte eingebracht.

Felix Moser (Grüne): *Letztlich geht es darum, wie viel Geld die Stadt budgetieren soll, um Grundstücke oder Liegenschaften zu erwerben. Das darf man aber nicht isoliert anschauen. Die Stadt verfügt noch über andere Mittel, um für kostengünstigen Wohnraum zu sorgen. Dieses Jahr haben wir den Wohnraumfonds geschaffen, mit dem Genossenschaften 100 Millionen Franken zur Verfügung stehen, um Wohnungen zu vergünstigen. Vor wenigen Monaten hat das Stimmvolk beschlossen, den vier städtischen Stiftungen 300 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen, um das Eigenkapital zu erhöhen. Auch das dient letztlich dazu, mehr günstige Wohnungen in der Stadt zu schaffen. Der Stadtrat muss den Betrag von 500 Millionen Franken sowieso nicht berücksichtigen. Er kann so viel ausgeben, wie er will. Wenn Sie mitgezählt haben, sind wir bei 500 Millionen Franken plus 100 Millionen Franken plus 300 Millionen Franken plus 100 Millionen Franken. Wir tun das vor allem, damit der Stadtrat einschreiten kann, wenn es nötig ist, etwa bei Leerkündigungen. Das passiert aktuell oft. Wir wollen nicht, dass Menschen aus ihrer Heimat verdrängt werden. Darum befürworten wir den Kompromissantrag.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Hans Dellenbach (FDP), neue Wohnungen zu bauen ist begrüssenswert, wird aber die Wohnungskrise nicht lösen können. Es müssen verschiedene Massnahmen berücksichtigt werden. Dieser Schritt hat für den Steuerzahler oder die Steuerzahlerin keine Kostenfolgen. Sämtliche Kosten werden durch die Miete finanziert. Wir tätigen eine Investition. Es ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten.*

Johann Widmer (SVP): *Es ist immer die gleiche Leier. Hier eine Million, da eine Million, damit die Stadt als Grossspekulant auf dem Wohnungsmarkt auftreten kann. Es ist absoluter Unsinn. Andere linke Grossstädte mussten die Konsequenzen ihres Handelns schon spüren. Auch Zürich wird es noch so ergehen. Seit 30 Jahren seid ihr an der Macht und jammert, es gebe zu wenige Wohnungen. Die Zuwanderung will aber keiner stoppen. Wir sollten dafür sorgen, dass Privaten, die bauen möchten, keine Hindernisse im Weg stehen. Wenn ich 2 Jahre auf eine Bewilligung warten müsste, um 14 Wohnungen zu bauen, hätte ich auch keine Lust darauf. Der Bürokratieapparat ist das Problem. Dazu kommt die Stadt, die dem Markt Wohnungen entzieht. Es ist doch logisch, dass die Mieten der Wohnungen, die im Markt verbleiben, teurer werden. Die Stadt soll sich komplett aus dem Wohnungsmarkt heraushalten. Wem die Mietzinse nicht passen, muss nicht nach Zürich ziehen. Es wohnen sowieso schon genug Leute hier.*

Florian Utz (SP): *Die Forderungen der SVP sind erstaunlich, vor allem im Wissen, dass ihr gerade eine Volksinitiative lanciert habt, die mehr staatliche Alterswohnungen fordert.*



Somit nehme ich zur Kenntnis, dass die SVP mehr Alterswohnungen will, um sie verkaufen und Privaten eine Leerkündigung ermöglichen zu können. Wenn wir heute Wohnungen kaufen, Hans Dellenbach (FDP), hinterlassen wir der nächsten Generation keine Schulden, sondern ein grosses Vermögen. Wir beklagen uns auch nicht darüber, dass in den Dreissigerjahren viele Wohnungen gekauft wurden. Der Wert von Wohnungen steigt im langjährigen Schnitt pro Jahr um einige Prozent. Gleichzeitig werden die Zinsen, die man dafür bezahlt, über die Mieten komplett finanziert. Demnach bekommt der Steuerzahler keinen Schuldenberg, sondern profitiert. Beim Thema Kaufkompetenz gilt es einen juristischen und einen politischen Aspekt zu berücksichtigen. Juristisch gesehen hat der Stadtrat eine unbegrenzte Kaufkompetenz. Politisch gesehen hat sich der Stadtrat dazu verpflichtet, sich ans Budget anzupassen. Deshalb sollten wir ihm mehr Spielraum geben und der Liegenschaftsverwaltung und Kaufabteilung erlauben, gute Möglichkeiten zu nutzen. Ja, im Dezember wurde ein Kauf getätigt. Dieser betrug aber nur 5,5 Millionen und ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Stadt nicht zu teuer kauft.

Christian Traber (Die Mitte): *Die Die Mitte/EVP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrats. Wir respektieren das Drittelsziel und anerkennen, dass in der Stadt Wohnungsnot herrscht. Wir glauben aber, dass der Stadtrat auf gutem Weg ist. Weitere Abermillionen Franken zu sprechen, bringt aus unserer Sicht wenig. Die Krux ist nicht die Masseneinwanderung, sondern die Attraktivität unserer Stadt. Das kann man gut oder schlecht finden. Tatsache ist, dass Leute aus dem Kanton und der Schweiz hierherziehen. Es braucht alle Player auf dem Markt. Mit staatlichen Mitteln Wohnungen der Spekulation zu entziehen, wie die Grünen es darstellen, bringt aus unserer Sicht nichts. Es braucht auch Genossenschaften, die nicht in den Genuss gesprochener Millionen kommen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Entstehung von Wohnraum verbessern. Dann können die Genossenschaften mehr bauen und wir kommen dem Drittelsziel näher.*

Hans Dellenbach (FDP): *Ich möchte den Sachverhalt am Beispiel der Sugus-Häuser klarstellen. Es heisst, die Häuser hätten mit den heutigen Mieteinnahmen einen Wert von 80 Millionen Franken. Mit einer Sanierung würde der Wert auf 130 Millionen Franken steigen. Für 80 Millionen Franken wird die Stadt die Häuser nicht kaufen können. Die Eigentümerin wird einen höheren Preis verlangen. Kauft die Stadt die Häuser für 130 Millionen Franken, müsste sie die Mieten erhöhen oder beim Wohnraumfonds 50 Millionen Franken beantragen. Die Abschreibungsbeträge gingen direkt an die Immobilienbesitzerin. Das nennt die SP ein Bombengeschäft und eine Win-win-Situation.*

Samuel Balsiger (SVP): *Das Votum der AL war entlarvend. Sie gibt zu, dass sie nur Symbolpolitik im Kopf hat. Und die hat einen Hintergedanken: Sie will im Wahlkampf Gefallen verteilen und ihren Wählern sagen können, dass sie Geld gesprochen hat. Dass es nichts bringt, wissen die Leute nicht. Der Sprecher der Grünen hat behauptet, er wolle nicht, dass Menschen wegen Leerkündigungen aus der Stadt vertrieben würden. Dabei belegen Studien des Mieterverbands, dass wegen der Klimapolitik der Grünen 40 000 Leerkündigungen drohen. Sie behaupten, wenn 500 Wohnungen pro Jahr geschaffen würden, sei die Bilanz super. Allein in den Jahren 2021 und 2022 sind aber*



6 700 Personen in die Stadt gezogen, von denen die meisten Ausländer sind. Die 500 Wohnungen lindern diesen Einwanderungsdruck nicht.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die sogenannte Koalition der Vernunft hat die heutige Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verschulden. In den Neunzigern hat die AL gesagt, dass die Stadt im Kreis 5 dringend Wohnraum sichern muss. Sie haben sich dagegen gewehrt. Nun sind wir gezwungen, die Häuser zu kaufen. Die AL ist nicht gleich optimistisch wie die SP. Wenn ein Kauf zu teuer ist oder sich nicht lohnt, stimmen wir dagegen. Intelligente Käufe unterstützen wir aber natürlich. Zum Votum der SVP: Symbolische Handlungen sind nicht zwecklos. Wir müssen ein Zeichen setzen und zeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Was bei den Sugus-Häusern passiert ist, hat nichts mit dem Klima oder der Einwanderung zu tun. Schuld ist die Eigentümerin. Anders kann man nicht erklären, dass nur bei drei von neun Häusern Kündigungen eingetroffen sind.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Die Voten von Florian Utz (SP) und Dr. Florian Blättler (SP) haben mich irritiert, insbesondere, da sie von einer Win-win-Situation sprechen. Eigentlich profitiert in dieser Situation nur jemand. Hätte STR Daniel Leupi mehr Geld budgetieren wollen, hätte er das tun können. Vielleicht kann er erklären, weshalb er das nicht tat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat bittet Sie, den Antrag für die Erhöhung des Budgets um 100 Millionen Franken abzulehnen. Die budgetierten 500 Millionen Franken reichen völlig aus, um Liegenschaften zu erwerben. Sie würden sogar reichen, wenn wir die Sugus-Häuser kaufen könnten. Übrigens wird unsere Verhandlungsposition nicht verbessert, wenn der Gemeinderat im Vornherein ankündigt, welche Liegenschaften wir unbedingt kaufen müssten. Der Stadtrat orientiert sich natürlich an der Vorgabe des Gemeinderats. Das Geld zu kürzen, wäre sicher ein starkes Zeichen, obwohl der Stadtrat über die Kompetenzen verfügt. Eine Erhöhung des Budgets ist momentan auf jeden Fall nicht notwendig. Ich habe es schon mehrmals erklärt: Die Tragbarkeit für die Stadt ist ausschlaggebend. Momentan finanzieren sich die Liegenschaften grösstenteils selbst, einzelne Elemente werden vom Steuerzahler finanziert. Da hat die FDP recht. Wie viel dieser Teil über eine längere Dauer ausmacht, wird sich in den nächsten drei bis fünf Jahren zeigen. Wir sind vom Budget nicht in unserer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, wie die SP meint. Wir sind höchstens von der Logistik eingeschränkt. Für LSZ ist allein wegen des Organisationsaufwands kein endloser Häuserkauf möglich. Gerade weil wir gezielt erwerben, braucht es keine Erhöhung der Mittel, sondern nur ein wenig Vertrauen.*



10 / 34

S. 195	20 2021 591006 7000 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Grundstücke				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				100 353 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL)
				50 000 000	150 353 000	Minderheit 1 Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
			100 353 000		0	Minderheit 2 Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Minderheit 1: Umsetzung der Volksentscheide zum Drittelsziel und zu städtischen Liegenschaftenkäufen Minderheit 2: Keine Verstaatlichung von Grund und Boden, keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der nächsten Generationen				

Florian Utz (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

Antrag 032.

Wortmeldungen siehe Antrag 031.

S. 195	20 2021 591006 7040 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Gebäude				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				402 815 800	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL)
				100 000 000	502 815 800	Minderheit 1 Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)



402 815 800	0 Minderheit 2	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
Begründung:	Minderheit 1: Erhöhung für Kauf von Liegenschaften, insbesondere um gefährdete Objekte der Spekulation zu entziehen. Minderheit 2: Keine Verstaatlichung von Grund und Boden, keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der nächsten Generationen	

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Florian Utz (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Erhöhung um 100 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(402 815 800)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(502 815 800)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>35 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 033. und 034.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Barbara Wiesmann (SP): *Wir haben besprochen, dass der Stadtrat Liegenschaften kaufen soll, um das Drittelsziel zu erreichen. Im Umkehrschluss dürfen auch keine Liegenschaften an renditeorientierte Unternehmen verkauft werden. Die Rechnung des Jahres 2022 hält auf diesem Konto 7 Millionen Franken fest, im Jahr 2023 waren es etwa 200 000 Franken. Aufgrund der Antworten in der Budgetberatung sehen wir nicht ein, wieso sich diese Zahl im Budget 2025 mit 20 Millionen Franken mehr als verdoppeln soll. Vor allem wollen wir verhindern, dass Druck entsteht, den budgetierten Betrag*



12 / 34

zu erreichen. Wird ein sinnvoller Verkauf verhandelt, zum Beispiel an eine Genossenschaft, kann dies nach wie vor als ausserordentlicher Ertrag verbucht werden.

Sven Sobernheim (GLP): Der Grundsatz der Linken bleibt gleich: Die Stadt soll kein Land verkaufen. Auf dem Konto könnten statt 20 Millionen Franken genau so gut null Franken liegen. Wird die Stadt aber beauftragt, keine Einnahmen auf diesem Konto zu generieren, werden auch Tauschgeschäfte mit anderen Städten mit potenziellen Ausgleichszahlungen verhindert. Entweder wird als Konsequenz auf Ausgleichszahlungen verzichtet oder es werden keine Grundstücke mehr getauscht. Das ist sinnlos.

Weitere Wortmeldung:

Patrik Maillard (AL): Ich stimme Sven Sobernheim (GLP) zu: Der Antrag ist reine Symbolpolitik. Es geht allerdings nicht um Tauschgeschäfte, sondern um Verkäufe. Aus unserer Sicht gibt es durchaus Gründe, städtische Liegenschaften zu verkaufen, die nicht in der näheren Umgebung liegen. Dazu gehören zum Beispiel der Verkauf der Personalhäuser des Elektrizitätswerks (ewz) in Tinizong und Tiefencastel. In dem Fall war keine Genossenschaft zu finden, die die Grundstücke kaufen wollte. Wohnungsnot ist dort kein grosses Thema und die Gemeinden wollten das Land nicht kaufen. Darum war der Verkauf in Ordnung. Zuletzt wurde ein ewz-Gebäude in Wettingen an die Gemeinde verkauft, als keine Genossenschaft es nehmen wollte. Das ergibt auch Sinn. Meistens geht Zürich aber Tauschgeschäfte ein, wie in Niederhasli, als ein ausserhalb liegendes Stück Land gegen eine Parzelle in der Stadt getauscht wurde. Der wichtigste Grund, den Antrag abzulehnen, ist aber, dass er keine Wirkung erzielt. Auch bei Annahme des Antrags ist es der Stadt erlaubt, Liegenschaften aus dem Finanzvermögen zu verkaufen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich bin enttäuscht, dass die SP erneut einen Antrag stellt, der uns zu etwas zwingen will. Erstens wisst ihr, dass wir keine grossen Verkaufsabsichten haben. Zweitens wisst ihr, dass es den Druck, den budgetierten Betrag zu erfüllen, nicht gibt. Der Betrag setzt sich aus einer Pauschale der letzten Jahre zusammen, ergänzt um Schätzungen und kleine Erträge aus Verkäufen von Restparzellen. Der Vorstoss ist reine Symbolpolitik und kommt dem nahe, was die SP normalerweise der SVP vorwirft.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir leben in einer Demokratie, in der jede Partei die Anträge stellen darf, die sie will. Ich finde es kritisch, wenn ein Vertreter der Regierung bestimmte Anträge als legitim und andere als illegitim definiert. Alle Budgetanträge haben ihre Berechtigung, das gilt auch für jene der FDP und SVP. Barbara Wiesmann (SP) hat den Antrag sachlich erklärt und klargemacht, dass ein Tauschgeschäft als ausserordentlicher Ertrag verbucht werden kann. Das Votum des Stadtrats finde ich respektlos.



13 / 34

S. 195	20 2021 591008 7740 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Verkauf von Sachanlagen FV Übertragung von realisierten Gewinnen aus Gebäuden in die Erfolgsrechnung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				20 000 000	Mehrheit
			20 000 000		0	Minderheit
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Die Stadt soll grundsätzlich keine Liegenschaften verkaufen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 034.

Wortmeldungen siehe Antrag 033.

S. 195	20 2021 591008 8040 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Verkauf von Sachanlagen FV Verkauf von Gebäuden				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				-20 000 000	Mehrheit
				20 000 000	0	Minderheit
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Die Stadt soll grundsätzlich keine Liegenschaften verkaufen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Reto Brüesch (SVP): Auch hier hat sich das Budget innerhalb von drei Jahren verdoppelt. Im Jahr 2022 wurden 47 Millionen Franken ausgegeben, im Jahr 2023 61 Millionen Franken und dieses Jahr sieht das Budget 93 Millionen Franken vor. Wir wissen genau, dass es nicht realistisch ist, das umzusetzen. Natürlich werden die Kosten immer höher, zum Beispiel bei den Hardau-Türmen oder beim Hallenbad Oerlikon. Das Hochbauamt hat die Kostenkontrolle nicht im Griff. Wir sind aber der Meinung, dass das Budget eine Kürzung von 3,5 Millionen Franken verträgt. Die resultierenden 88 Millionen Franken sind immer noch eine dreissigprozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr.

Barbara Wiesmann (SP): Wie ihr auf den Betrag gekommen seid, verstehe ich nicht. In der Begründung werden auch der Referenzzinssatz und die 1,5 Prozent erwähnt. Was das damit zu tun haben soll, ist unklar. Die Kommissionsmehrheit lehnt den Antrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Reto Brüesch (SVP): Die Rechnung ist einfach: Wir haben das Budget aus den Rechnungen und Budgets der Jahre 2023 und 2024 zusammengezählt. Das ergibt die Zahl.

S. 200	20 2034 3144 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnen und Gewerbe Unterhalt Hochbauten, Gebäude				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat				92 049 100 685 000 N	Mehrheit Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			3 500 000		89 234 100	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referat
						Enthaltung Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)



Begründung: Tiefere Mietzinse durch Anpassung der Kostenmiete an wahrscheinlich tieferen Referenzzinssatz auf 1,5 % ab März 2025

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Pärparim Avdili (FDP): Diesen Antrag stellt die FDP mittlerweile jedes Jahr. Es stellt sich schlussendlich in der Rechnung immer heraus, dass wir mit unserer Budgetierung ins Schwarze treffen. Das soll kein Vorwurf an den Stadtrat oder die Verwaltung sein: Es ist gut, konservativ zu budgetieren. Die Erfahrung der letzten fünf Jahre zeigt aber, dass der Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer wächst. Die Ursachen kennen wir. Transaktionen auf dem Immobilienmarkt nehmen zu, nicht zuletzt wegen der Kaufaktivität der Stadt Zürich. Das heizt nämlich indirekt den Markt an, wodurch die Preise steigen. Auch den Antworten in der Rechnungsprüfungskommission entnehmen wir, dass der Betrag der Grundstückgewinnsteuern im Jahr 2025 höher sein wird als eingeschätzt. Wir schlagen vor, die budgetierten 510 Millionen Franken um 30 Millionen Franken zu verbessern. Von STR Daniel Leupi haben wir vernommen, dass der Antrag auf wenig Widerstand stosse. Anscheinend hat er eingesehen, dass unsere Prognose wohl eintrifft.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir wurden nicht zur Einsicht gebracht, sondern kennen uns mit dem Budget aus. Ich wurde vom Chef des Steueramts informiert, dass wir im November dieses Jahres 2024 ausserordentlich hohe Depotanlagen hatten. Eingegangen sind 120 Millionen Franken. Daher ist die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass tatsächlich ein höheres Volumen verarbeitet werden kann. Die Zahlen für das Budget sammeln wir jeweils im März, der Abschluss im Stadtrat ist im Juni; der Gemeinderat erhält es im September, die Nachträge kommen im November. Wenn es Sinn macht, die Zahlen dann anzupassen, tun wir das selbstverständlich. Willkürlich verändert wird aber nichts, erst recht nicht, um den Stadtrat in ein besseres Licht zu rücken. Wir begrüssen den Antrag.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Ich möchte unsere Motivation erklären. Den Antrag nehmen wir an, wenn der Stadtrat die Erhöhung um 30 Millionen Franken plausibel findet. Pärparim Avdili (FDP) hat vorher aber nicht die wahren Gründe erläutert, wieso die Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer steigen. Es ist sicher nicht, weil die Stadt mehr Land kauft.



Sie ist, wenn überhaupt, für wenige Prozent des Anstiegs verantwortlich. Die Grundstücke werden im Schnitt immer teurer verkauft, in erster Linie von privaten Käufern und Institutionen. Höhere Preise werden eins zu eins an die Mieter weitergegeben. Die Mieten steigen. Das führt zu Problemen, wie wir sie in Zürich haben. Leider können wir nicht viel tun, ausser zu fördern, dass die Stadt für günstigen Wohnraum sorgt. Die Entwicklung ist schlecht für Zürich und gut fürs Portemonnaie der Grundstücksverkäufer.

Tanja Maag (AL): *Wenn ich höre, wie die FDP sich selbst gratuliert, juckt es mir in den Fingern, den Knopf zur Ablehnung zu drücken. Felix Moser (Grüne) hat erklärt, wieso die Behauptung, die Stadt sei Treiberin der Entwicklung bei der Grundstückgewinnsteuer, nicht stimmt. Letztes Jahr haben wir den Antrag abgelehnt, weil dieser Bereich keine erfreuliche Einnahmequelle darstellt. Ausserdem konnten wir nicht genau beziffern, wie viel als Depotzahlung vorhanden war. Anscheinend kann der Betrag dieses Jahr mit grösserer Sicherheit geschätzt werden. Daher wechseln wir zur Minderheit.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wir haben den Antrag von Anfang an unterstützt. Wie STR Daniel Leupi bezeugt, schätzt das Finanzdepartement zu erwartende Steuereinnahmen zu konservativ ein. Wir glauben an ein prosperierendes Zürich, nicht an den Status quo.*

S. -	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2040	Steueramt				
	4022 00 000	Grundstückgewinnsteuern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				-510 000 000	Mehrheit
			30 000 000		-540 000 000	Minderheit
		Begründung:	Erhöhung der budgetierten Grundstückgewinnsteuern um 30 Millionen Franken. Es ist aus den pendenten Fällen der Depotleistungen offensichtlich, dass die Grundstückgewinnsteuern um einiges höher ausfallen werden.			

Alle Fraktionen der Kommissionsmehrheit wechseln zum Antrag der Minderheit.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit stillschweigend zu.



SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Der Antrag verlangt, keine Tablets für die Dienstabteilung Verkehr anzuschaffen. Sie sollen weiterhin Papier verwenden. Wir unterstützen zwar die Effizienzsteigerung in der Verwaltung, aber Bussen auf Tablets auszustellen, ist unnötig.

Florian Utz (SP): Die Kommissionsmehrheit ist im Zeitalter der Digitalisierung angekommen und befürwortet die Anschaffung von Tablets.

S. 231	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2506	Blaue Zonen				
	3113 00 000	Anschaffung Hardware				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
037.	Antrag Stadtrat			60 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdijli (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
			60 000		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Die Tablets sollen nicht angeschafft werden.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Die SP und GLP haben gemeinsam das Postulat GR Nr. 2022/424 eingereicht, das bis zum Jahr 2026 die Schaffung von durchschnittlich 8,5 neuen Stellen pro Jahr für die Frontpolizei fordert. Genau 8,5 Stellen ist leider nicht möglich, weil die



Stadtpolizei immer noch keine Teilzeitstellen hat. Daher müssen wir abwechslungsweise 8 oder 9 Stellen bewilligen. Wir stehen zu unserem Versprechen und bewilligen dieses Jahr 8 neue Frontstellen. Dieser Entscheid ist ein Stück weit symbolisch, da die Stadtpolizei deutlich unterbesetzt ist. Momentan sind rund 100 Stellen nicht besetzt. Das Problem bei der Unterbesetzung ist nicht der Gemeinderat, wie oft behauptet wird.

Michael Schmid (AL): Wir sind nach wie vor nicht überzeugt, dass eine Stellenerhöhung in der Frontabteilung der Polizei eine sinnvolle Massnahme für die Erhöhung der Sicherheit in Zürich ist. Wir beantragen darum, die Anzahl Sollstellen auf dem Stand des Jahres 2024 zu belassen. Die Führung der Polizei begründet den Ausbau hauptsächlich damit, dass die Grösse des Polizeikorps mit der Entwicklung der Bevölkerung mitgehen soll. Das bedeutet, dass das Verhältnis von Einwohnern und Polizisten, die sogenannte Polizeidichte, konstant gehalten werden soll. Zürich hat aber bereits eine höhere Polizeidichte als vergleichbare Städte wie Basel oder Genf. Selbst im Jahr 2030 wäre es bei aktueller Stellenzahl und einer Bevölkerungsentwicklung gemäss dem mittleren Szenario von Statistik Stadt Zürich noch so. Gleichzeitig muss die Stadtpolizei im Gegensatz zur Basler und Genfer Polizei keine Grenzschutzaufgaben wahrnehmen und kann einige Aufgaben der Kantonspolizei überlassen. Nicht jede Sicherheitsfrage in dieser Stadt soll Sache der Polizei sein. Mit der Minderung von prekären finanziellen Verhältnissen, einem hohen Standard in den öffentlichen Schulen und substanziellen Sozialleistungen wäre das Geld insgesamt besser investiert und würde die Sicherheit nachhaltig verbessert. Zudem waren im Jahr 2024 zwischen 83 und 112 Stellen unbesetzt. Das sind weit mehr als die Erhöhung der Sollstellen im Rat. Es ist sehr unrealistisch, dass die zusätzlichen Stellen im Jahr 2025 besetzt werden können. Diesbezüglich ist auch klar, dass die SVP ihr Postulat GR Nr. 2023/151 vergessen hat. Darin fordern sie die Reduktion der Sollstellen um die Anzahl unbesetzter Stellen. Wir von der AL unterstützen die Besetzung der bereits geschaffenen, aber unbesetzten Stellen, gemeinsam mit den zusätzlichen Ausbildungsplätzen und den dafür nötigen Stellen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Antrag des Stadtrats beinhaltet 17 zusätzliche Stellen für die Uniformpolizei. Die Minderheit 1 ist sich bewusst, dass viele Sollstellen nicht besetzt sind. Geplant ist, dass pro Jahr 90 Aspirantinnen und Aspiranten ausgebildet und aufgenommen werden. So soll der Unterbestand in den kommenden Jahren reduziert werden. Es ist wichtig, dass den Auszubildenden mit Sicherheit eine Stelle angeboten werden kann. Die Minderheit 1 will die Vergrösserung des Polizeikorps nicht durch eine Stellenreduzierung gefährden und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir Grünen sind hinsichtlich dieses Antrags gespalten. Darum enthalten wir uns momentan. Die Stellenschaffung wird unter anderem damit begründet, dass die Arbeitslast bei der Polizei gross sei und die Arbeitsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten mit den neuen Stellen verbessert werden können. Das ist uns wichtig. Personelle Massnahmen sind sinnvoller als die Einmalzulagen, die wir vor einigen



Stunden diskutiert haben. Mit personellen Massnahmen könnten Überstunden abgebaut, Einsätze besser geplant und die freien Wochenenden bezogen werden. Wir sind uns nicht einig, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Ein Teil der Fraktion findet das Vorgehen des Stadtrats, die Stellen bei der Polizei schrittweise zu erhöhen, richtig und stimmt dem Kompromissantrag für 8 oder 9 Stellen wie bereits letztes Jahr zu. Der andere Teil der Fraktion ist der Meinung, dass es sinnvoller wäre, die Einsätze der Polizei zu reduzieren. Insbesondere soll überdacht werden, für welche Einsätze die Polizei wie viel Personal aufbietet. Wir sehen hier durchaus Spielraum. Nicht jede kleine Kundgebung muss gleich einen Polizeieinsatz auslösen. Bei vielen Einsätzen könnte die Anzahl aufgebotener Polizistinnen und Polizisten verkleinert werden. Auch stellt sich die Frage, wann die Polizei überhaupt anrücken muss. So würden weniger Überstunden und Wochenendeinsätze entstehen und das Personal würde entlastet werden. Aufgrund der geteilten Meinung in der Fraktion haben wir die Stimmfreigabe beschlossen und werden entweder für den Antrag der AL oder für den Antrag der SP und GLP stimmen.

Sven Sobernheim (GLP): *Der grösste Fortschritt dieses Budgets ist die Schaffung der Aspirant*innenstellen. Damit können wir den Sollbestand verbessern. Es kommt nicht darauf an, ob wir 8 oder 17 Stellen schaffen. Trotzdem halten wir am Kompromiss fest.*

Derek Richter (SVP): *Im Vorstoss GR Nr. 2022/424 ist die Rede von Cyberkriminalität, Fuss- und Velopatrouillen und der Bekämpfung von «Autoposern». Diese Probleme sind hochaktuell und weitere Verzögerungstaktiken können wir bei der Bekämpfung nicht gebrauchen. Die 17 Stellen sind auf jeden Fall nötig.*

Andreas Egli (FDP): *Es ist jedes Jahr dasselbe: Jedem Departement werden die Stellen nachgeworfen, nur das Sicherheitsdepartement bekommt nichts ab. Die AL erwähnt die höhere Polizeidichte der Stadt Zürich, vergisst aber zu sagen, dass rund 60 Prozent der Insassen nicht aus der Stadt stammen. Die Stadt hat beim Thema Ausgang ein extrem grosses Einzugsgebiet, deutlich grösser als die Grenzstädte Basel und Genf. Wenn ein Aargauer an einem Freitagabend richtig ausgehen will, tut er das in Zürich. Die Polizeidichte zu vergleichen, ohne andere Faktoren zu berücksichtigen, ist kurzsichtig.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Die Leute in der Stadt Zürich fühlen sich laut einer grossen Befragung im Auftrag des Stadtrats sehr sicher. Dieses hohe Niveau der Sicherheit wollen wir beibehalten können. Damit das gelingt, braucht das Korps der Stadtpolizei einen angemessenen Sollbestand. Die Bevölkerung wächst und wird im Schnitt jünger. Mehr und mehr Leute kommen nach Zürich, für die Arbeit, aber auch zum Feiern. Es finden mehr Demonstrationen und Grossanlässe statt. Die Stadtpolizei hat verschiedene Massnahmen getroffen, damit genug Personal auf der Strasse ist. Sie hat beispielsweise die Öffnungszeiten der Regionalwachen angepasst. Diese sind seit April 2023 in der Nacht und am Wochenende geschlossen. Die Polizist*innen, die früher dort gearbeitet haben, kön-*



nen jetzt auf der Strasse eingesetzt werden. Polizist*innen aus dem sogenannten rückwärtigen Dienst werden bei besonderen Anlässen vermehrt an der Front eingesetzt. Nicht zuletzt erhöht die Polizei die Klassengrösse der Aspirant*innen nächstes Jahr von 70 auf 90 Plätze. Auch das bringt eine Entlastung mit sich. Ich kenne den Inhalt des Postulats GR Nr. 2022/424 der SP und GLP. Dort wird unter anderem der Ausbau der Velo- und Fusspatrouillen gefordert. Daran arbeiten wir bereits seit einer Weile. Den Mehrheitsantrag des Parlaments, der 8 zusätzliche Frontstellen fordert, begrüsse ich selbstverständlich. Aber mit Blick auf das Ganze fordere ich weiterhin die vom Stadtrat beantragten 17 Stellen für die Sicherheitspolizei. Mit diesen 17 Stellen wird dem Korps Wertschätzung signalisiert und die Aussicht auf Verbesserung der Lage geschaffen.

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): Jedes Mal wird diese Befragung erwähnt. Wer STR Karin Rykart zuhört, erkennt so einige Widersprüche. Wieso braucht die Polizei mehr Stellen, wenn die Bevölkerung sich so sicher fühlt? Meiner Meinung nach ist an dieser Befragung wenig dran. Trotzdem bin ich enttäuscht. Die SVP hat dem Postulat unter der Bedingung zugestimmt, dass nicht bei jeder Budgetdebatte über den Stellenausbau der Stadtpolizei diskutiert werden muss. Wenn der Stadtrat der Meinung ist, dass wir ausbauen müssen, unterstützen wir das selbstverständlich. Dass die Stadtpolizei unterbesetzt und überfordert ist, wissen wir alle. Die Polizisten leisten viele Überstunden und Wochenendarbeit und haben kaum Ferien. Da ist es angemessen, dem Stellenausbau zuzustimmen.

STR Karin Rykart: Die Befragung mit der Demo SCOPE AG führten wir schon zum dritten Mal durch. Sie hat klar gezeigt, dass sich 99 Prozent der Bevölkerung in Zürich sicher fühlen. Egal wo und wann, ob am Tag oder in der Nacht. Das resultiert unter anderem aus der Polizeipräsenz. Das Sicherheitsgefühl wollen wir nicht aufs Spiel setzen.

S. 233		25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
		2520	Stadtpolizei			
		3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				235 293 900 912 000 N	Minderheit 1 Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			1 125 000		235 080 900	Mehrheit Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			2 125 000		234 080 900	Minderheit 2 Tanja Maag (AL) Referat Enthaltung Felix Moser (Grüne)



Begründung: Mehrheit: Bewilligung von 8 neuen Frontstellen bei der Stadtpolizei (Umsetzung des überwiesenen Postulats GR Nr. 2022/424)
Minderheit 2: Kürzung der mit dem Budget 2025 beantragten 17 Stellen Uniformpolizei

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(236 205 900)	44 Stimmen
Antrag Mehrheit	(235 080 900)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(234 080 900)	<u>18 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Die Minderheit schlägt ausnahmsweise eine Verschlechterung des Budgets um 1 Million Franken vor. 12 Stellen klingt vielleicht willkürlich, entspricht aber der Anzahl Stadtquartiere. Wieso es diese Stellen braucht, wurde bereits begründet. Für einmal stimme ich Felix Moser (Grüne) zu: Wir müssen den Polizistinnen und Polizisten bei der Stressreduktion helfen, und zwar nachhaltig, nicht mit einer einmaligen Zahlung. Ich möchte im Kontext der Gewalt gegen jüdische Mitbürger erwähnen, dass wir die Polizei auf der Strasse brauchen. Diese Taten sind Spontantaten. Wenn sie verübt werden, muss die Polizei so schnell wie möglich an Ort und Stelle sein. Die jüdischen Mitbürger gehören wohl nicht zu den 90 Prozent, die sich in Zürich sicher fühlen.

Florian Utz (SP): Bei dieser Budgetberatung haben wir bereits jede Menge neuer Polizeistellen geschaffen: 10 Stellen am Mühleweg, 13,5 Stellen im Backoffice, 8 Stellen bei der Frontpolizei, 20 neue Assistenzstellen in der Ausbildung. Diese insgesamt mehr als



50 neuen Stellen entsprechen einem Personalwachstum von rund 3 Prozent bei einem Bevölkerungswachstum von 1 Prozent. Das ist für uns in Ordnung. Schliesslich haben wir den Anträgen zugestimmt. Es braucht aber nicht noch ein weiteres Prozent Personalwachstum. Der Rechnungsprüfungskommission wurden die aktuellen Zahlen zum Programm Fit im Job vorgelegt. Das ist eine Art Fringe-Benefit bei der Stadtpolizei, das den Stadtpolizistinnen und -polizisten erlaubt, während der Arbeit ins Fitnesscenter zu gehen. Bei der Einführung hat die Polizeileitung versichert, dass dies nur dann in Anspruch genommen wird, wenn es betrieblich möglich ist. Die in Anspruch genommenen Stunden haben im Vergleich zum letzten Jahr deutlich zugenommen. Vorletztes Jahr waren es 25 000 Stunden. Dieses Jahr wurden bereits im Oktober über 24 000 Stunden verzeichnet. Das zeigt, dass mit der Situation einigermaßen umgegangen werden kann. Der Abbau des Unterbestands durch die Ausbildung von Aspirantinnen und Aspiranten wird ebenfalls helfen. Weitere 12 Stellen braucht es nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): Die FDP ist grundsätzlich dafür, dass die Polizei im Quartier unterwegs ist, statt den warmen Büroplatz zu hüten. Darum schliessen wir uns der Mehrheit an. Ich möchte darauf hinweisen, dass es etwas seltsam daherkommt, 12 zusätzliche Stellen zu beantragen, dafür aber nur 1 Million Franken bewilligen zu wollen. Das entspricht nicht dem, was städtische Angestellte kosten. Ausserdem ist die Aussage, es gäbe bei der Stadtpolizei keine Teilzeitstellen, falsch.

Johann Widmer (SVP): Ich korrigiere eine Aussage von Florian Utz (SP). Wir haben nicht 8 neue Stellen geschaffen, wir haben 9 gestrichen.

S. 233	25 2520 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				235 293 900 912 000 N	Mehrheit Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
				1 000 000	237 205 900	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referat
						Enthaltung Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP)



Begründung: Erhöhung der Streifenpolizei um 12 Stellen in den Quartieren, da die Kreis- und Regionalwachen aufgelöst werden. Sicherheit in den Quartieren ist ein Legislaturziel.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 039a. und 039b.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: *Ich habe oft mitbekommen, dass jemand angegriffen oder ausgeraubt wurde und bis zu 20 Minuten warten musste, bis die Polizei eintraf. Als bei mir eingebrochen wurde, musste ich eineinhalb Stunden warten, bis jemand kam. Das ist kein Vorwurf an die Polizei. Sie ist schlicht und einfach überlastet und unterbesetzt. Aber wie kann es sein, dass die Wartezeit bei ernsten Verbrechen so lang ist, man beim Falschparkieren aber innerhalb von 5 Minuten eine Busse erhält. Bei der Abteilung Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) herrscht kein Personalmangel. Im Gegenteil: Sie haben 103 besetzte Stellen verteilt auf 12 Kreise. Die Prioritäten der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements sind falsch gesetzt. Wenn die Bevölkerung nicht darauf zählen kann, dass die Polizei zeitnah am Tatort ist, wird ihr Sicherheitsgefühl zerstört. Der Personalbestand soll verlagert werden, damit die Verteilung mehr Sinn macht. 33 Stellen, also ein Drittel der Stellen des KRV, sollen zur Frontpolizei verschoben werden. Gemäss den erhaltenen Zahlen würde dies eine Budgetverschlechterung von 1,1 Millionen Franken bedeuten. Dafür bringt sie eine Verbesserung der Sicherheit mit sich. Eine Reduktion auf 70 Angestellte im KRV hätte eine Bussenreduktion von 5 Millionen Franken zur Folge.*

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Antrag ist logistisch gesehen nicht umsetzbar. Einen Polizisten vom Bereich Ruhe und Kontrolle können wir nicht als Frontpolizisten einsetzen, da er nicht über die nötige Ausbildung verfügt. Wir können diese Leute nicht entlassen.*

S. 233	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
039a.	Antrag Stadtrat			235 293 900	
				912 000 N	
		1 100 000	237 305 900	Zustimmung	Stephan Iten (SVP)



Begründung: Beim Kommissariat Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) sollen 33 Stellen gestrichen werden und bei der Frontpolizei 33 Stellen mehr geschaffen werden. Dies bewirkt eine Reduktion auf dem Bussenkonto von 5 Millionen Franken. Die Lohndifferenz beträgt 1,1 Millionen Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Stephan Iten (SVP):

Der Rat lehnt den Antrag von Stephan Iten (SVP) mit 33 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Antrag 039b.

Wortmeldungen siehe Antrag 039a.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:

S. 237	25	SICHERHEITSDÉPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	4270 00 000	Bussen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Antrag von
039b.	Antrag Stadtrat				
					-61 600 000
				5 000 000	-56 600 000
					Zustimmung Stephan Iten (SVP)
		Begründung:	Bussenreduktion durch Reduktion von Stellen beim Kommissariat Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV)		

Der Rat lehnt den Antrag von Stephan Iten (SVP) mit 34 gegen 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 040. bis 041a.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): Der Gemeinderat hat während der Legislaturperiode schon einmal über den Inhalt des Antrags Stadtrat in Form eines Postulats abgestimmt. Dieses wurde abgelehnt. Ich erwarte eigentlich vom Stadtrat, dass er Entscheidungen des Parlaments respektiert und nicht versucht, sich im Budget darüber hinwegzusetzen. Die Sachlage zu Tasern ist klar. Eine Reduktion der bereits kleinen Anzahl Schussabgaben wird es durch Taser nicht geben. Vielmehr senken Taser die Hemmschwelle eines Waffenein-



satzes, wodurch deeskalierende Massnahmen weniger oft genutzt werden. Das entspricht nicht unserer Vorstellung von Polizeiarbeit. Gleichzeitig sind die Gefahren von Tasern wissenschaftlich belegt. Jedes Jahr sterben Menschen wegen Tasereinsätzen. In den letzten Jahren waren es weltweit insgesamt etwa 1 000 Menschen. Von rechts kommt immer das Argument, sie seien selbst schon einmal getasert worden und es sei gar nicht so schlimm. Tasereinsätze in einer kontrollierten Umgebung sind etwas ganz anderes als Einsätze in der Praxis, wenn eine Person unter Stress steht, Vorerkrankungen hat oder unter dem Einfluss von Medikamenten oder Drogen steht. Der Einsatz von Tasern sollte möglichst zurückhaltend erfolgen und nicht erweitert werden.

Markus Knauss (Grüne): *Die Grünen haben den Einsatz oder die Anschaffung zusätzlicher Taser in den letzten Jahren abgelehnt. Das hat bei diversen Fraktionsmitgliedern jedoch ein ungutes Gefühl hinterlassen. Die Zahlen zeigen nicht, dass Taser die Hemmschwelle senken oder übermässig eingesetzt werden, wenn ein Polizist mit einer Person konfrontiert ist, die ausser sich oder berauscht ist. Wie das weltweit ist, kann ich nicht beurteilen. Das ist hier auch nicht relevant. Der Kompromiss, den wir heute vorschlagen, sieht vor, dass nicht nur die Interventionseinheiten mit Tasern ausgestattet sind. Die Patrouillenfahrzeuge der Sonderkommission (Soko) sollen ebenfalls über Taser an Bord verfügen. Diese Fahrzeuge sind meist schnell am Tatort. Trotzdem wird die Stadt auf diese Weise nicht mit Tasern überschwemmt. Wird unser Vorschlag nicht angenommen, sind die Fraktionsmitglieder frei in ihrer Abstimmungswahl. Ein Teil der Fraktion wird dem Antrag der Minderheit 1 zustimmen, ein Teil wird der Kommissionsmehrheit folgen.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wir stimmen nicht darüber ab, alle Polizistinnen und Polizisten mit einem Taser auszurüsten. Jede Einheit soll einen Taser im Fahrzeug mitführen. Die Kommissionsmehrheit folgt dem Antrag des Stadtrats und begrüsst die Ausrüstung der Fahrzeuge der Streife und Soko mit Tasern. Die Problematiken, die sich international zeigen, sind im Kanton Zürich nicht ausgeprägt. Statt nach Deutschland oder in die USA zu schauen, sollten wir den Sachverhalt in Bülach oder Winterthur berücksichtigen.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): *Wir unterstützen grundsätzlich den Antrag der Minderheit 1. Die Stadtpolizei sollte die Taser, die sie hat, behalten dürfen. Sie sollen auch mit neuer Munition ausgestattet werden. Wir möchten aber keine Ausweitung des Taserbeschaffungsprogramms. Nach der Drohung der Grünen werden wir ihrem Kompromissantrag zustimmen. Das tun wir nicht aus Begeisterung, sondern weil er immerhin eine Reduktion der Taserbeschaffung bedeutet. Das ist uns lieber als der Antrag der Kommissionsmehrheit.*

Johann Widmer (SVP): *Typisch links: Die Polizei soll ohne Waffen auf die Strasse geschickt werden, damit eure Klientel hindernislos randalieren kann. Dass diese Schlägertypen mittlerweile auf die Polizei losgehen, kümmert euch nicht. Wir fordern, dass die gekürzte Summe von etwa 137 000 Franken für die Beschaffung von Long Range Acoustic Devices (LRAD) eingesetzt wird, um Demonstranten in die Flucht zu schlagen.*



Florian Utz (SP): Das Votum von Johann Widmer (SVP) überrascht mich ein wenig. Taser sind nicht dazu da, um auf Demonstranten loszugehen. Sie werden eher in Situationen eingesetzt, die Markus Knauss (Grüne) beschrieben hat. Ich hoffe, die SVP stellt sich das nicht vor. Dieses Jahr hat übrigens keine einzige Partei beantragt, den Antrag zu Gummischrot und Tränengas zu streichen, also kein sanfter Kurs gegen Randalierer.

Martina Zürcher (FDP): Messerangriffe werden immer häufiger. Genau in solchen Fällen sind Taser nützlich. Ich zitiere aus einer Medienmitteilung der Stadtpolizei vom 9. März 2024: «Kurz vor 15 Uhr meldete eine Passantin, dass soeben ein nackter Mann das Lebensmittelgeschäft an der alten Kalchbühlstrasse betreten habe, mit einem Küchenmesser herumfuchtelte und das Personal bedrohen würde. Sofort rückte die Stadtpolizei Zürich zum Geschäft aus. Beim Eintreffen der Polizeipatrouille hatte der Mann das Geschäft bereits wieder verlassen und fuchtelte draussen weiter mit dem Messer herum. Die Polizisten setzten daraufhin Reizstoff gegen den offensichtlich verwirrten Mann ein. Als dies keine Wirkung zeigte, wurden die Stadtpolizisten von einer sich in der Nähe befindlichen Patrouille der Kantonspolizei Zürich unterstützt. Diese konnte den Mann schliesslich mittels eines Destabilisierungsgeräts überwältigen.» Wäre die Patrouille der Kantonspolizei nicht in der Nähe gewesen, hätte das anders enden können. Wenn jegliche Mittel nichts mehr nützen, sind Taser das richtige Instrument. So wird der Einsatz der Pistole verhindert. Die FDP unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Moritz Bögli (AL): Johann Widmer (SVP), Taser werden nicht im Ordnungsdienst während Demonstrationen eingesetzt. Daran soll sich auch nichts ändern. Ich möchte erklären, worum es sich bei den LRADs, die die SVP beschaffen will, handelt. Sie wurden vom amerikanischen Militär entwickelt, das die Geräte dann im Nahen Osten eingesetzt hat. Menschenrechtsorganisationen schätzen sie als völkerrechtswidrig ein. Damit auf die Bevölkerung der Stadt Zürich loszugehen, wäre beschämend. Militärische Mittel, die nur für diesen Zweck gedacht sind, haben in den Händen der Stadtpolizei nichts zu suchen. Martina Zürcher (FDP) hat Messerdelikte im Zusammenhang mit Tasern erwähnt. In England, wo Messerstechereien ein grosses Problem sind, hat die Polizei keine Taser. Dank guter Schulung und viel Personal kommen sie ohne zurecht. Vor einigen Monaten hat es in Zürich eine Hortleiterin geschafft, ohne Taser und ohne Polizeiausbildung mit einem Messerangriff umzugehen.

Sven Sobernheim (GLP): Sollen wir somit auf die Polizeistellen zurückkommen?

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsminderheit 2 zu. Dieser fordert eine Ausrüstung der Soko mit Tasern. Das ist sinnvoll. Die Soko ist im gesamten Stadtgebiet einsatzfähig und bietet Unterstützung. Sie kommt vor allem nachts und an Wochenenden in der City und an der Langstrasse zum Einsatz. Es braucht in jedem Fahrzeug einen Taser, damit schnell gehandelt werden kann.



27 / 34

S. 234	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040.	Antrag Stadtrat				3 330 000	Mehrheit
			235 000		3 095 000	Minderheit 1
			137 500		3 192 500	Minderheit 2
		Begründung:	Minderheit 1: Keine Munition für neu zu beschaffende Taser X10 Minderheit 2: Nur Beschaffung von Taser-Munition, die für die Taser der SoKo notwendig ist			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(3 330 000)	57 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(3 095 000)	8 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 192 500)	<u>55 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.



Antrag 041.

Wortmeldungen siehe Antrag 040.

S. 239	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	501415	Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
	5060 00 000	Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041.	Antrag Stadtrat				10 560 000	Mehrheit
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			115 000		10 445 000	Minderheit 1
						Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			57 500		10 502 500	Minderheit 2
						Felix Moser (Grüne) Referat
		Begründung:	Minderheit 1: Keine zusätzlichen Taser X10 Minderheit 2: Nur Beschaffung der Taser, die für die SoKo bestimmt sind; keine Erweiterung			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(10 560 000)	58 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(10 445 000)	8 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 502 500)	<u>55 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.



29 / 34

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 041a.

S. 234	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
041a.	Antrag Stadtrat				3 330 000	
				235 000	3 565 000	Zustimmung Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Das Bestreben der Mehrheit im Gemeinderat ist eine Schwächung der polizeilichen Einsatzbereitschaft bei Demonstrationen, um ihre Klientel zu schützen. Die gekürzten Mittel sollen daher für die Beschaffung von Long-Range Acoustic Device (LRAD) eingesetzt werden. Schützen wir die Polizei.			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Aufgrund der Ablehnung des Antrags der Minderheit 1 bei Antrag 040. zieht Johann Widmer (SVP) den Antrag 041a. zurück.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 135 000 Franken: Beim Mühleweg handelt es sich um das Gefängnis der Stadtpolizei. Der Freiheitsentzug ist unabhängig von seiner Dauer eine der einschränkendsten Arten, auf die der Staat sein Gewaltmonopol ausübt. Für uns ist klar, dass wir keinen Teil des Monopols auslagern sollten. Wir passen unseren Antrag aber leicht an. Die Verbesserung soll 135 000 Franken betragen, um dem Sicherheitsdepartement genügend Zeit für die Umstellung zu rein staatlichem Personal zu geben. In der Sachkommission wurde erklärt, dass diese Umstellung bereits geplant sei. Wieso war die Erhöhung der staatlichen Stellen überhaupt nötig? Das Parlament nimmt die Festnahmen, die zu einer höheren Auslastung am Mühleweg führen, oft als gegeben hin. Was verfolgt wird, ist aber eine politische Entscheidung. Gemäss Kriminalstatistik ist die Hälfte der Festgenommenen keine Gewaltverbrecher*innen. Meistens sind es Menschen, die zufälligerweise



*keine Schweizer*innen sind, die keinen Pass oder ID dabei oder nicht genügend Geld für eine Busse haben oder unter dem Einfluss von Drogen oder Alkohol stehen. Ein Sechstel aller Festnahmen im Kanton Zürich geschieht wegen nicht bezahlter Bussen. Das sind meiner Meinung nach Verhaftungen, die unnötig und nicht zielführend sind. Sogar aus bürgerlicher Finanzperspektive sind sie verschwenderisch: Sie verursachen enorme Kosten, ohne irgendeinen Nutzen. Die Kosten für die Festnahmen und die Zeit, die die Leute im Gefängnis absitzen, sind markant höher als die nicht bezahlten Bussen. Mir ist bewusst, dass das Parlament nicht bestimmen kann, welche Delikte die Stadtpolizei verfolgt. Aber wir sollten nicht so tun, als wären die Ausgaben unausweichlich.*

Sven Sobernheim (GLP): *Im Hafttrakt Mühleweg sitzen Leute, die nicht verurteilt sind. Sie befinden sich zwar in Haft, haben aber noch keinen Prozess hinter sich. Das heisst, sie haben die beste Betreuung verdient, die wir ihnen bieten können. Sie haben eine Betreuung verdient, die ihre Situation respektiert und so für sie sorgt, wie es der Rechtsstaat will. Dafür werden in diesem Budget 10,6 Stellen bei der Stadtpolizei geschaffen. Der Schritt ist im Rat unbestritten, unter anderem, weil wir aus einem Versagen gelernt haben. Vor einem Jahr hat man festgestellt, dass eine neue Haftleitung benötigt wird. Diese wurde eingestellt, hat die Prozesse überarbeitet und einen Stellenantrag gestellt. Die Verzögerung muss nun aufgearbeitet werden. Aktuell sprechen wir über die Kosten der letzten Personen, die als private Sicherheitspersonen dort arbeiten. Anfang 2025 sollen noch zwei private Sicherheitsleute vor Ort sein. Ab September 2025 soll es nur noch eine Person sein. Ich bin froh, dass wir keine Grundsatzdiskussion mehr führen müssen. Es ist klar, die Stellen am Mühleweg braucht es. Ich finde es fragwürdig, die Option eines privaten Sicherheitsdienstes abzuschaffen. Falls 10,6 Stellen nicht genug sind, sollten wir uns diese Option offenhalten.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): *Der Mühleweg hat aufgrund von Planungsfehlern Schlagzeilen gemacht. Diese wurden intern teilweise aufgearbeitet. Jetzt geht es um die Frage, ob auch private Sicherheitsdienste, konkret Securitas, Häftlinge am Mühleweg betreuen und bewachen sollen. Aus Sicht der SP ist das als Übergangslösung denkbar. Eigentlich ist aber klar, dass die Bewachung und Betreuung von Häftlingen staatliche Aufgaben sind, die nur die Polizei ausführen soll. Mittelfristig soll darum die letzte Securitas-Stelle durch eine staatliche Stelle ersetzt werden. Das ist nicht von heute auf morgen möglich, weil es sich um eine Rund-um-die-Uhr-Stelle handelt. Das entspricht nicht einer, sondern fünf Vollzeitstellen. Weil die Schaffung und Besetzung der Stellen dauern, waren wir in der Enthaltung. Da die AL ihren Antrag reduziert hat, können wir ihm nun zustimmen.*

Markus Knauss (Grüne): *Wir haben uns in der Sachkommission informieren lassen. Dabei kam heraus, dass diese 10,6 Stellen, die wir nun bewilligen müssen, eine direkte Folge der Fehlplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) sind. Die Synergien, die das PJZ hätte schaffen sollen, sind aufgrund der Komplexität des Projekts nicht entstanden. Dass diese Fehlplanung uns auch noch Geld kostet, habe ich erst gemerkt, als wir*



über den Antrag zum Mühleweg informiert wurden. Bevor es das PJZ gab, waren die Synergien vorhanden. Es gab ein Polizeigefängnis, die kantonalen und städtischen Sachbearbeiter durften die Leute auf kurzem Weg zu sich holen. Es gab sogar einen unterirdischen Tunnel zur städtischen Kriminalabteilung. Heute gibt es zwei Anlagen, die städtische beim Mühleweg und das PJZ. Was die Kosten am Mühleweg verursacht, ist die fehlende Handlungs- und Behandlungsfreiheit des Personals. Wenn ein Häftling Kopfweh hat, muss er ins PJZ transportiert werden, um dort ein Aspirin zu bekommen. Dann muss er wieder zurückgeschafft werden. Das ist der grosse Kostenpunkt. Die Stelenschaffung unterstützen wir natürlich. Es ist aber sehr ärgerlich, dass wir nur wegen der massiven Fehler bei der Planung des PJZ noch mehr Geld ausgeben müssen.

Sandra Gallizzi (EVP): Vergangenen Donnerstag wurden wir in der Sachkommission von der Leitung der Kriminalabteilung und dem Haftbetrieb über dieses Traktandum informiert. Sie haben uns glaubhaft versichert, dass die Polizei auch zukünftig auf die Unterstützung von privaten Sicherheitsdiensten angewiesen ist. Das war für uns Grund genug, aus der Minderheit in die Kommissionsmehrheit zu wechseln.

Stephan Iten (SVP): Mich hat erstaunt, dass in den 16 oder 20 Zellen im Gefängnis Mühleweg jährlich 4 500 bis 7 000 Menschen inhaftiert sind. Die Stadt ist weder daran schuld, dass dort so viele Leute in Haft sind, noch daran, dass das PJZ ihr die Angestellten nimmt. Wir müssen eindeutig etwas gegen den Personalmangel tun. Ausserdem, Moritz Bögli (AL), stimmt es nicht, dass dort nur Leute inhaftiert sind, die ihre Bussen nicht bezahlt haben. Mich stört auch, dass wir in der Kommission nicht über die Missstände informiert wurden. Stattdessen mussten wir aus dem Novemberbrief davon erfahren. Es ist nicht das erste Mal, dass wir STR Karin Rykart darum bitten, mit Problemen zu uns zu kommen, damit wir zusammen schauen können, wie wir sie lösen.

Moritz Bögli (AL): Ich empfehle Stephan Iten (SVP) wärmstens, die Kriminalstatistik zu lesen. Darin sind alle Zahlen zu finden, die ich vorher aufgelistet habe. Dass verhaftete Menschen eine gute, grundrechtskonforme Behandlung bekommen sollen, ist klar. Zu sagen, die Festnahmen seien alle nötig, ist Augenwischerei. 20 Prozent der Festnahmen im Kanton Zürich sind sogenannte AIG-Festnahmen. Davon sind Leute betroffen, die über keinen geregelten Aufenthaltsstatus verfügen. Diese Festnahmen passieren zum Beispiel am Abend und am nächsten Tag werden die Verhafteten wieder entlassen. Etwas anderes kann man gar nicht tun. Solche Verhaftungen sind unnötig und bringen nichts. Sie generieren bloss Aufwand und damit Kosten. Hier sehe ich Sparpotenzial.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung:

STR Karin Rykart: Wenn man Leute verhaftet und einsperrt, dann muss man das mit der nötigen Sorgfalt tun und sich an die gesetzlichen Vorgaben halten. Da sind wir uns einig. Mitte August 2024 wurde ich über das Problem im Hafttrakt Mühleweg informiert. Die Chefin der Kriminalabteilung und der Chef des Hafttrakts haben mir die Situation dargelegt. Es sieht nicht gut aus: Gesetzliche Anforderungen können momentan nicht



erfüllt werden. Darum habe ich die 10 Stellen im Novemberbrief beantragt. Für den ordentlichen Ablauf des Budgetprozesses war es zu spät. Die Stellen erst im Budget 2026 einzuplanen, wollte ich vermeiden. Dafür ist unsere Verantwortung, schnell zu handeln, zu gross. Der Betrieb einer Haftinstitution ist eine komplexe Aufgabe. Das wurde bei der Errichtung und Planung des Haftbetriebs am Mühleweg unterschätzt. Dieser Fehler muss jetzt korrigiert werden. Die mit der Betreuung beauftragten Mitarbeitenden tragen eine grosse Verantwortung, deren Erfüllung eine spezifische Ausbildung und den Polizeistatus voraussetzt. Weil es die spezifischen Mitarbeitenden rund um die Uhr braucht und eine gewisse Redundanz für die Abwesenheiten nötig ist, beantragen wir so viele Stellen. Wir werden alles dafür tun, dass wir in Zukunft ohne private Sicherheitsleute auskommen können. Das wird aber noch etwas dauern.

S. 235	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				6 001 800	Mehrheit
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			135 000		5 866 800	Minderheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
						Enthaltung
						Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Hafttrakt Mühleweg: Gemäss einer Präsentation in der SK SID/V vom letzten Donnerstag hat die Kriminalabteilung Massnahmen eingeleitet, um im Verlauf des 2025 die Securitas mit dem Polizeilichen Assistenzdienst auszuwechseln. Sie brauchen jedoch Zeit für Rekrutierung, Schulung und Umstieg auf das neue Betriebskonzept. Um diesen Zeitaspekt zu berücksichtigen, wird der Kürzungsantrag um einen Viertel des Gesamtbetrags, also um 135 000 Franken, angepasst.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Urs Riklin (Grüne): Die Grünen haben wegen der erhöhten Lärmbelästigung durch Autoposer im Juni 2022 mit der Unterstützung des Gemeinderats ein Postulat überwiesen, das Versuche mit Lärmblitzern in Zürich fordert. Solche haben in gewissen Städten in der Romandie bereits stattgefunden. Im Juli dieses Jahres liess die Stadtpolizei verlauten, dass sie einen Pilotversuch durchführen wird. Im August 2024 starteten die Anwohnerinnen und Anwohner der Hohlstrasse eine Petition zum Thema und gaben Tipps, an welchen Stellen ein Pilotversuch effektiv wäre. Beim Anschauen des Budgets 2025 ist uns aufgefallen, dass für diesen Pilotversuch keine Mittel eingeplant wurden. Wir fordern mit diesem Antrag 50 000 Franken für den Pilotversuch.

Johann Widmer (SVP): Bald haben wir für alles Blitzer, nur nicht für Velos. Dabei wäre das durchaus sinnvoll. Blitzer tragen überhaupt nichts zur Verkehrssicherheit bei, erst recht nicht Lärmblitzer. Natürlich können getunte Autos und ihre Auspuffklappen störend sein. Die Stadtpolizei hat aber bereits die Möglichkeit, die Störenfriede aus dem Verkehr zu ziehen. Ein Lärmblitzer ist nicht die dringendste Anschaffung der Stadt.

S. 236	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3161 00 000	Mieten, Benützungskosten Mobilien				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
043.	Antrag Stadtrat			138 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
			50 000	188 200	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Pilotprojekt Lärmblitzer / Testbetrieb

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



34 / 34

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 123, Beschluss-Nr. 4074/2024)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat